

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtgitarke Nr. 12 — Oksächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassentonto: Dresden 88 827

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: R. Rohlfapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaltene 35 mm breite Beilagszeile 20 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 25 Pfg., 35 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“  
„Aus der Welt der Frau“, Illustrierte Sonntagsbeilage

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 220

Bad Schandau, Dienstag, den 20. September 1927

71. Jahrgang

## Für eilige Leser.

\* Zwischen Berlin—Moskau und Berlin—Leningrad haben kürzlich telephonische Sprechversuche mit gutem Ergebnis stattgefunden, die die Möglichkeit einer ständigen Fernsprechverbindung erweisen haben. Die Frage, wie und wann diese neue Linien dem öffentlichen Verkehr übergeben werden können, bleibt weiteren Verhandlungen überlassen.

\* In der Nacht zum Montag wurde gegen 3 Uhr morgens in der Mozartstraße in Hannover eine Tagendroschke mit dem durch mehrere Schüsse schwerverletzten Wagenführer Walenta aufgefunden. Die Tatumstände lassen darauf schließen, daß es sich um dieselben Täter handelt, die vor einigen Monaten den Kraftwagenführer Thiefsbürger bei Bornum ermordeten. Die Aussichten, daß Walenta mit dem Leben davontkommt, sind sehr gering.

\* General Reinhardt, Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos II, Kassel, hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Es ist anzunehmen, daß dieses genehmigt werden wird.

\* Reichspräsident von Hindenburg ist über Königsberg nach Billau gereist, wo der Kreuzer „Berlin“ ihn nach Swinemünde brachte.

\* Der Chef der Heeresleitung, General Heye, wird demnächst auf Einladung der Vereinigten Staaten hin eine Reise nach Amerika antreten.

\* Im Abrüstungsausschuß des Völkerverbundes wurde der polnische Antrag auf Verurteilung des Angriffskrieges angenommen.

## Grundzüge des amerikanischen Heerwesens.

Von Franz Geiger-Kronshagen.

Eine Umschau in der Geschichte des Heerwesens zeigt, daß in längeren friedlichen Zeiträumen die militärischen Anschauungen in den verschiedenen Ländern eine gewisse Gleichheit erlangen. Während kriegerischer Auseinandersetzungen aber machen sich technische Fortschritte und veränderte wirtschaftliche Verhältnisse geltend und erschüttern nicht selten die bisher gültigen Lehren. Die neuen Erfahrungen rufen einen lebhaften Streit der Meinungen über die Weiterentwicklung des Heerwesens hervor: alte „bewährte Grundsätze“ stehen auf der einen Seite, junge „in rauher Wirklichkeit gezeitigte Ergebnisse“ auf der anderen; es dauert Jahre, bis Wesentliches von Unwesentlichem getrennt, wirklich Ueberlebendes abgestreift und grundlegend Neues voll erfährt ist.

Unter den Ergebnissen des Weltkrieges spielt die Mechanisierung des Heeres, also die überwiegende Einführung von Maschinenwaffen und Transportmaschinen, eine hervorragende Rolle. Hier erheben sich letzten Endes die Fragen: „Moral oder Material?“ „Großes Volkshoer oder kleines Berufsheer?“ Hier handelt es sich um die Organisation der Industrie und der Wirtschaft überhaupt, also um die gesamten Lebensbedingungen des Staates. Das Für und Wider dieser Fragen ist noch lange nicht gegen einander abgewogen. Darum beanspruchen die amerikanischen Ansichten besondere Beachtung, weil die Vereinigten Staaten auf industriellem Gebiet fraglos eine führende Stellung in der Welt einnehmen.

Ein kurzer Umriß der personellen Wehrverfassung sei vorweggenommen. Die militärische Ausbildung erfolgt in vier verschiedenen Organisationen: im Berufsheer, in der Nationalgarde, der Reserve und den Schützenvereinen. Bezüglich des Berufsheeres ist zu berichten, da dort auf alle erdenkliche Weise das Selbstbewußtsein der Soldaten gehoben wird; schon äußerlich sucht man dies durch eine neue schmutze Uniform zu erreichen. Die Nationalgarde ist eine auf dem Milizsystem aufgebaute Truppe, die zeitweise in Truppenausbildungslagern zusammengezogen und ausgebildet wird. Für diese Ausbildung sind die Berufsoldaten als Lehrer notwendig. Dadurch ist eine enge Fühlung zwischen Volk und Heer und eine geachtete Stellung des Soldaten im Staat gewährleistet. Unter der Reserve sind im wesentlichen Offiziere des Wehrdienstes zu verstehen, die aus den militärischen Kursen in den Ausbildungslagern, an den Universitäten und aus besonders eingerichteten Militärschulen hervorgehen. Die engen Beziehungen zwischen Soldat und Bürger bringen den Landesverteidigung ein reges Interesse entgegenbringt. Hierfür zwei besonders treffende Beispiele: Eine Frau sagte unter lebhaftem Beifall bei Beratung des Heeresetats im Parlament folgendes: „Mangelnde Bereitschaft fordert den Angriff heraus; sie kostet mehr Gut und Blut als die Erhaltung eines stärkeren Friedensheeres.“ — Die Gewerkschaften haben sich für die Bürgerausbildungslager erklärt; denn „sie haben eingesehen, daß wirksame Maßnahmen für die Landesverteidigung getroffen werden müssen und daß es widersinnig ist anzunehmen, daß dies zwangsläufig zum Militarismus führe.“ (Detroit Free Press vom 13. Oktober 1926). Wir sehen, daß im Volk eine rechte Wehrhaftigkeit

großgezogen wird, die auf die persönlichen Eigenschaften der Soldaten eines Volkshoeres von großem Einfluß sein muß.

Bei der Organisation der Industrie gehen die amerikanischen Gedankengänge von folgenden Gesichtspunkten aus: Die Landesverteidigung muß nicht nur durch Uebung der Bürger im Waffengebrauch vorbereitet werden, sondern auch durch Schulung in der Waffenanfertigung. Ein Staat, der vornehmlich an die Ausbildung denkt, macht einen schweren Rechenfehler: er vergißt, daß es viel leichter ist, einem Menschen beizubringen, wie er ein Gewehr bedienen soll, als ihn zu lehren, wie er es anfertigen kann. Eine auf Kriegsfuß gesetzte Armee stellt erhebliche industrielle Mehrforderungen, die Fabriken sind aber gleichzeitig vom Menschen entblößt worden. Es entsteht ein Mißverhältnis zwischen Bedarf und Erzeugung. Man darf nur soviel Soldaten aufstellen, als man ausrüsten kann. Will man eine starke Armee ins Feld führen, so muß die Leistungsfähigkeit der Industrie gesteigert werden. Der Krieg stellt andere Forderungen an die Industrie als der Frieden. Im Frieden muß die Erfahrung in der Waffenanfertigung verloren gehen. Es ist also zweierlei zu tun: erstens müssen große Vorräte an Kriegsgerät angehäuft werden, um die kritische Lücke zwischen dem plötzlich vermehrten Bedarf und der langsam einsetzenden Anfertigung zu überbrücken. Zweitens müssen möglichst viele Fabriken schon im Frieden Aufträge für Versuch- oder Gebrauchslieferungen erhalten, damit möglichst viele Arbeiter in der Anfertigung von Waffen und Kriegsgerät geschult bleiben. Nur dann kann die Fabrik sich rasch umstellen. Diese Gedanken haben dazu geführt, daß man die Vereinigten Staaten in sogenannte Rüstungsbezirke einteilt, in deren Bereich durch Beauftragte des Staats für jede Fabrik bis ins einzelne gehende Mobilisierungsvorbereitungen getroffen werden. Dieser an sich hohe Stand der industriellen Rüstung erfährt dadurch noch eine Steigerung, daß Amerika infolge der eigenen Rohstofflager am wenigsten von allen Staaten der Welt vom Ausland abhängig ist.

Um so mehr mag es auf den ersten Blick Wunder nehmen, daß der amerikanische Generalstab eine weitgehende Mechanisierung des Heeres ablehnt. Er betont in amtlichen Erlassen, daß Menschen und nicht Maschinen den

Krieg entscheiden, daß es irrig sei zu glauben, das Material könne den kampfesfreudigen Soldaten ersetzen. Der Flieger mache den Kavalleristen nicht überflüssig, trotz des Motors könne man das Pferd nicht entbehren, der Angriff des Infanteristen entscheide immer noch die Schlacht. Diese Sätze könnten die Vermutung aufkommen lassen, als denke der amerikanische Generalstab nicht modern genug; sie werden aber fraglos bewußt hervorgehoben, um zu vermeiden, daß dem Material der überwiegende Einfluß im Heere eingeräumt wird. Man hat ausgerechnet, daß im Weltkrieg für die Ausrüstung eines Kämpfers 17 Arbeiter in der Heimat notwendig waren. Je höher die technischen Anforderungen des Soldaten sind, desto ungünstiger wird dieses Mißverhältnis zwischen Front und Heimat. Je mehr Maschinen der Soldat fordert, desto weniger Kameraden wird er im Kampf haben. Der hochgesteigerten technischen Ausstattung einer Armee ist also damit eine Grenze gesetzt, ganz abgesehen von den finanziellen Schwierigkeiten, die durch die Unterhaltung einer „Maschinenarmee“ entstehen.

Die Antwort auf die Frage: „Material oder Moral?“ lautet also: „Menschen und Maschinen, im günstigsten Verhältnis gegeneinander abgewogen.“ Einige wahllos aus einer reichen Fülle von Veröffentlichungen in der amerikanischen Tagespresse herausgegriffene Sätze mögen kennzeichnen, auf welcher gesunder Grundlage die Landesverteidigung in den Vereinigten Staaten ruht.

Chicago Tribune vom 5. April 1927: „Unserem Lande tut militärische Ausbildung zur moralischen Erziehung der Jugend dringend not; wir brauchen Manneszucht auch im Frieden gerade in der sich selbst regierenden Republik. Sittliche Werte im Volk sind für die Landesverteidigung notwendig, selbst wenn wir einmal hundert Jahre keinen Krieg erleben müssen.“

Army Ordnance, 1926, Heft 38: „Vom 6. April 1917 bis zum Kriegsende kostete uns der Krieg eine Million Dollar stündlich. Wir brauchten Monate, um die Industrie umzustellen. Wenn wir aber unsere Soldaten rasch bewaffnen können, so sparen wir Geld und können Amerika so stark machen, daß keine Gruppe von Völkern es wagen darf, uns anzugreifen. In diesem Sinn ist industrielle Bereitschaft eine Versicherung gegen den Krieg.“

## Echo der Hindenburg-Rede.

### Nachklänge zur Tannenbergfeier.

Rückfahrt des Reichspräsidenten.

Von Allenstein kommend, traf der Reichspräsident auf der Rückkehr von der Einweihung des Tannenbergdenkmals mit dem fahrplanmäßigen Zuge in Königsberg ein. Im gleichen Zuge befanden sich Reichskanzler Dr. Marx und Reichsinnenminister Dr. von Reubell. Auf dem Bahnhof hatten sich zum Empfang Oberpräsident Siehr, Regierungspräsident Dr. von Bahrfeldt und Oberbürgermeister Vohmeyer eingefunden. Dr. Marx und Dr. von Reubell verabschiedeten sich im Salonwagen vom Reichspräsidenten, der nach Pillau weiterfuhr, um sich dort auf den Kreuzer „Berlin“ zu begeben, der ihn nach Swinemünde brachte, von wo die Rückreise nach Berlin erfolgt. Marx und Reubell blieben in Königsberg zur Teilnahme an einer festlichen Veranstaltung. Dem Reichspräsidenten wurden Blumen in den Wagen gereicht und das auf dem Bahnhof versammelte Publikum brachte ihm bei der Weiterfahrt herzliche Kundgebungen dar.

Der bayerische Ministerpräsident hat an den Tannenberg-Nationaldenkmalsverein folgendes Telegramm gerichtet: Die bayerische Staatsregierung nimmt an der großen vaterländischen Feier zum Gedenken der Schlacht bei Tannenberg begeisterten Anteil. Möge das deutsche Nationaldenkmal im Osten wie das am Niederwald das deutsche Volk allezeit an die Heldenmütigkeit und die Opferfreudigkeit der Völker mahnen und beitragen zur Erstarkung der deutschen Einheit, deutschen Lebensmutes und deutscher Willenskraft.

Der badische Staatspräsident hat an die gleiche Adresse folgendes Glückwunschtelegramm übersandt: „Am Tage der Einweihung des Denkmals zur Erinnerung an die Schlacht von Tannenberg gedenken auch das badische Volk und die badische Staatsregierung dankbar jener ruhmwürdigen Tat zur Rettung Ostpreußens aus Feindesnot. Möge das Tannenberg-Nationaldenkmal hierfür ein spätes Mahn- und Wahrzeichen für Einigkeit und Opfergeist auch für kommende Geschlechter sein.“

### Die Rückreise des Reichspräsidenten.

Billau. Reichspräsident von Hindenburg traf mit einem Sonderzuge in Billau ein, um sich zur Rückreise nach Swinemünde auf dem Kreuzer „Berlin“ einzuschiffen. Die im Hafen von Billau liegenden Schiffe hatten festlichen Klagenerschmuck

angelegt. Von einer Aufstellung der Vereine war auf Wunsch des Reichspräsidenten, der besondere Feiertagsfeiern bei seiner Abreise vermeiden wollte, abgesehen worden. Trotzdem hatten sich die Schulen Billaus zur Begrüßung des Reichspräsidenten geschlossen aufgestellt, auch waren die Ufer dicht besetzt. Der Reichspräsident wurde auf dem Bahnhof von dem Bürgermeister von Billau, Stamer, empfangen und zum Schiff geleitet, wo ihm der Landrat des Kreises Fischhausen, Hoyer, mit einigen Worten die Wünsche der Insassen des Kreises Fischhausen zum Ausdruck brachte. Dann begab sich der Reichspräsident in Begleitung seines Gefolges auf den Kreuzer, dessen Ausfahrt unter lebhafter Anteilnahme der Bevölkerung Billaus erfolgte.

### Einvernehmen mit Marx und Stresemann.

Hindenburgs Worte bei der Denkmalsweihung, die verschiedene Zurückweisungen der Auflage, daß Deutschland schuld am Kriege gewesen sei, und das vom Reichspräsidenten ausgesprochene Angebot, daß Deutschland jederzeit bereit sei, dies vor unparteiischen Richtern nachzuweisen, haben natürlich in aller Welt große Beachtung gefunden.

Um etwaigen Legendenbildungen vorzubeugen, wird in Berlin von zuständiger Seite erklärt, daß die konstitutionelle Gesinnung des Reichspräsidenten selbstverständlich über jeden Zweifel erhaben sei und an den Äußerungen des Reichspräsidenten alle in Frage kommenden Instanzen beteiligt gewesen seien. Die Ansprache Hindenburgs habe, ehe sie gehalten wurde, den verantwortlichen Regierungsstellen, dem Reichskanzler und dem Außenminister, vorgelegen. Weber Marx und Stresemann haben gegen sie Einwände erhoben. Halbamtlich wird weiter betont, daß die Ansprache nicht etwa den Auftakt zu einer Regierungsaktion in der Kriegsschuldfrage bilden sollte. Eine solche Aktion ist nicht beabsichtigt.

### Widerhall in der deutschen Presse.

Von den rechtsstehenden Blättern sagt der Berliner Lokalanzeiger, eine solche feierliche Erklärung aus Hindenburgs Munde, abgegeben im Namen der gefallenen und der noch lebenden Kameraden aus dem großen Weltkrieg, sei ein ungleich stärkeres Dokument als eine offizielle Note dieser oder jener Regierung, der ja bei uns zulande neuerdings leider stets ein mehr oder weniger einseitiger Parteistempel aufgedrückt ist, während der Reichspräsident jedem Parteistreit weit entrückt sei. — Die Tägliche Rundschau schreibt,